

EU-Sanktionen gegen Israel?

Nach einem Bericht von „Haaretz“ vom 16. November 2014 lässt der „EU European Action Service (EEAS)“ mit seinem österreichischen Direktor Christian Berger an der Spitze ein vertrauliches Papier unter den 28 EU-Mitgliedern kursieren. Danach soll Israel detailliert mit Sanktionen gedroht werden, sollte es weiterhin in den palästinensischen Gebieten die Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machen: durch den Ausbau der E1-Strecke zwischen Jerusalem und der Vorstadt Maaleh Adumim im Osten mit über 40.000 Einwohnern auf dem Weg zum Toten Meer; durch den Bau neuer Wohneinheiten in den Anlagen „Har Homa (Mauerberg)“ und „Givat ha-Matos“; durch den Verkauf von Produkten aus den jüdischen Siedlungen in europäischen Kaufhäusern. Der volle Wortlaut des Papiers, das mit „Zuckerbrot und Peitsche“ – zunächst mit „Zuckerbrot“, wenn auch mit der Drohung von Einschränkungen im Freihandelsabkommen – argumentiere, liege bislang dem Auswärtigen Amt in Jerusalem nicht vor.

Bei seiner Begegnung mit der neuen EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini am 03. November habe Außenminister Avigdor Lieberman darauf bestanden, dass Beschlussfassungen ihrer Zustimmung bedürfen müssten. Nunmehr weist er jeden Zusammenhang zwischen dem „Friedensprozess“ und den Beziehungen zu Europa zurück und verwahrt sich auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Frank-Walter Steinmeier gegen Einwände gegen die Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem.

Am 17. November 2014 veröffentlicht „Haaretz“ den vollen Wortlaut der Ideensammlung. Im Bericht wird Christian Berger als Koordinator zwischen den EU-Mitgliedstaaten vorgestellt.

Unter Berufung auf einen hochrangigen Diplomaten heißt es, dass sich mehrere Staaten – unter ihnen große Freunde Israels – hinter dem „Non paper“ des EEAS verstecken und sich von ihm gegebenenfalls als „schlechten Polizisten“ verschanzen könnten. Gleichwohl sei das Dokument von den politischen Führungen aller 28 EU-Mitgliedsstaaten mandatiert und nicht von irgendwelchen Bürokraten in Brüssel geschrieben worden, die auf eigene Rechnung gegen Israel arbeiten wollten. „Haaretz“ zitiert den nicht namentlich genannten Diplomaten mit den Worten:

„Dies ist ein Zeichen dafür, dass eine Menge Zorn und Frustration in den Mitgliedsstaaten existiert. In den vergangenen Monaten haben Treffen von europäischen Außenministern stattgefunden, bei denen die Minister, die als äußerst nahe zu Israel gelten, in höchst kritischer Weise gegen die Politik der Regierung Netanjahus geredet haben.“

In der zweiseitigen Vorlage sind Überlegungen niedergelegt, zu denen mögliche Maßnahmen gehören wie

- schärfere Erklärungen des Europäischen Rates und Rückrufung von Botschaftern;**
- gegen europäische Unternehmen, die in der Westbank und in Ost-Jerusalem tätig sind;**
- Konsequenzen im Rahmen der europäisch-israelischen Beziehungen;**
- Vermeidung von Kontakten zu Siedlerorganisationen und Überprüfung gewalttätiger Siedlern bei der Einreise in Europa;**
- Stärkung der palästinensischen „Staatlichkeit“ durch protokollarische Verfahren, Unterstützung bei**

palästinensischen Anträgen auf Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und [förmliche] Anerkennung [Palästinas];

- Überprüfung von Finanztransfers oder von Aktivitäten zur Steigerung des Aufbaus („capacity-building“), die indirekt den Status quo der Besetzung verlängern helfen.**

Die politischen Führungen müssten nun entscheiden, welche Maßnahmen sie ergreifen.

Auf der Sitzung der EU-Außenminister am 17. November in Brüssel wird das „hypothetische Papier“ – so Mogherini – nicht systematisch diskutiert, doch verurteilen die Minister die Siedlungspolitik jenseits der „Grünen Linie“ und erwägen Strafmaßnahmen gegen Israel.

Quellen: Barak Ravid: Secret EU draft outlines sanctions against Israel, in „Haaretz“ 16.11.2014, S. 1 f.; Barak Ravid: Haaretz obtains full document of EU-proposed sanctions against Israel, in „Haaretz“ 17.11.2014. Vgl. auch die Eintragungen in dieser Zeitleiste dieser Homepage.
